

#### Inhalt:

**Becoming a Minority – zu einer Minderheit werden**

Titelseite

**Ein Berner namens Stefan Schlegel**

Seite 2

**Frankreich in der Abwärtsspirale**

Seite 3

**Leserbriefe**

Seite 4

**Individuelle Schulmodelle statt integrativer Unterricht um jeden Preis**

**Schweizer Mieter raus, Asyl-Migranten rein**

Seite 5

**Nein zur 10-Millionen-Schweiz – masslose Zuwanderung stoppen**

Seite 6

**Einmal mehr verhindert Mitte-Links Verschärfungen im Asylbereich**

**Pikom News**

Seite 7

**Keine Zustände wie in Frankreich – Jetzt das Asyl-Chaos stoppen!**

Seite 8

Nr. 3/2023



## Becoming a Minority – zu einer Minderheit werden



Von Jan Mahnert,  
freier Journalist,  
Bern

Kennen sie BaM? Damit meine ich nicht die US-amerikanische TV-Persönlichkeit Bam Margera, sondern das Forschungsprojekt «Becoming a Minority» (Zu einer Minderheit werden). Dieses vom Europäischen Forschungsrat finanzierte Projekt befasst sich, laut eigener Webseite (BaMproject.eu), «mit dem Leben von Menschen ohne Migrationshintergrund, die in ethnisch vielfältigen Stadtvierteln leben, in denen mittlerweile alle Einwohner einer Minderheit angehören. In einer Stadt wie Amsterdam hat heute nur jeder dritte Jugendliche unter fünfzehn Jahren zwei in den Niederlanden geborene Eltern. Diese Situation, in der jeder zu einer Minderheit gehört, wird als Mehrheits-Minderheit-Kontext bezeichnet. Diese Situation wird in vielen Stadtteilen grosser westeuropäischer Städte immer häufiger.»

Hier wird im Dunst des Fachjargons mitgeteilt, dass in zahlreichen Städten die Einheimischen zunehmend in der Minderheit sind. Der Webseite des Projekts ist zu entnehmen, dass 46% der Bevölkerung von Malmö (Schweden) keinen Migrationshintergrund hat. In Antwerpen (Belgien) haben 33% der unter 19-Jährigen keinen Migrationshintergrund. Im Klartext: In beiden Städten sind die Einheimischen bereits zu einer Minderheit geworden.

Ausgangspunkt der Untersuchung war die Frage danach, wie sich eine Mehrheitsgesellschaft fühlt, wenn sie keine mehr ist. Diese Frage beschäftigt schon lange Maurice Crul, Professor für Soziologie an der VU Universität Amsterdam und Inhaber des Lehrstuhls für Bildung und Diversität, der das Projekt «Becoming a Minority» leitet. Um Antworten darauf zu erhalten, befragten Crul und Kolleginnen mehr als 3.000 «Menschen ohne Migrationshintergrund» im Alter zwischen 25 und 45 Jahren aus fünf Ländern (Niederlande, Belgien, Deutschland, Österreich und Schweden) zu ihren Einstellungen gegenüber Einwanderung und Vielfalt. Die Befragten wurden spezifisch ausgewählt, «weil sie in einem der fünf Länder geboren sind und beide Elternteile ebenfalls in diesem Land geboren sind».

Die Umfrage will herausfinden, wie Menschen in den betroffenen Stadtteilen miteinander interagieren: «Wohin schicken sie ihre Kinder zur Schule? Erleben sie Konflikte und wenn ja, worum geht es dabei? Was schätzen die Menschen an den Nachbarschaften? Mit wem interagieren sie auf der Strasse, auf dem Spielplatz und mit wem unterhalten sie sich bei einem Kaffee in den örtlichen Bars?» Es geht darum zu verstehen, «was Städte zu einem guten Wohnort macht. Es wird erforscht, unter welchen Bedingungen Menschen auf eine positive Art und Weise miteinander interagieren und andererseits, wann Konflikte wahrscheinlicher sind und was man gegen diese unternehmen kann».

Als ich von «Becoming a Minority» erfuhr, war meine erste Reaktion ein müdes Kopfschütteln. Wer die Fakten nennt und sagt, dass in vielen europäischen Ländern infolge der Masseinwanderung ein Bevölkerungsaustausch stattfindet, wird in der Regel als rechtsextremer Verschwörungstheoretiker gebrand-

markt. Und nun gibt es ein von der EU finanziertes Forschungsprojekt, das diesen Austausch bestätigt. Vielleicht wird offener darüber berichtet, weil der Austausch als nicht mehr umkehrbar angesehen wird. Jahrzehntlang wurde (selbst-)zensiert, diffamiert und eingeschüchtert, um das Ausmass der Umwälzungen zu verschleiern. Wer weniger Einwanderung verlangte, wurde – und wird noch – oftmals als «Rechtsextremer» oder als «Nazi» beschimpft.

Meine zweite Reaktion betraf die Methodologie der Studie: Warum wurde die Umfrage nur in fünf Ländern und sechs Grossstädten durchgeführt? Warum wurden Länder wie Italien, Griechenland, Frankreich und Grossbritannien, die stark unter den Folgen der Masseneinwanderung ächzen, nicht berücksichtigt? Zudem ist man berechtigt zu fragen, wie vertrauenswürdig die Ergebnisse der Umfrage sind. Im Rahmen eines Interviews, das von der ZEIT ONLINE in ihrer Serie «Die neue Stadt» veröffentlicht wurde, beantwortete Maurice Crul diese Frage indirekt: «Die meisten Menschen ohne Migrationshintergrund [...] empfanden kulturelle Vielfalt als bereichernd. Gleichzeitig zeigte sich, dass sie kaum Freunde mit Migrationshintergrund hatten. Interessanterweise war diese Tendenz in keiner Stadt so ausgeprägt wie in Hamburg. Es gab dort zwar mehr Menschen, die Vielfalt als Bereicherung empfanden, und die auch positiver über den Islam dachten. Der Anteil von interethnischen Freundschaften und Partnerschaften war jedoch so gering wie in keiner anderen Stadt, die wir untersucht haben.» Crul erklärte dieses Verhalten mit der «Tendenz der sozialen Erwünschtheit»: Menschen geben in Studien Antworten, die gesellschaftlich erwünscht sind. Dieser Effekt sei in Deutschland aufgrund des Zweiten Weltkriegs stärker als in anderen Ländern. Doch

es gibt ihn eben in vielen Ländern. So schrieb am 5. Februar 2023 die Berner Zeitung, dass auch in der Schweiz viele Menschen das Gefühl hätten, sich nicht mehr frei äussern zu dürfen.

Der Fall von Hamburg ist insofern bemerkenswert, als Hamburg eine rot-grüne Stadt ist. Viele Menschen scheinen dort ethnische Vielfalt toll zu finden, die Wenigsten aber wollen sie in ihrer Nähe. Crul bestätigt diese Sicht: «In Hamburg gibt es aber, besonders bei Menschen mit Hochschulabschluss, ein Phänomen namens white flight. Viele ziehen an den Stadtrand, wo sie unter sich sind. Oder sie bleiben in den Einwanderervierteln, schicken ihre Kinder aber nicht dort zur Schule, sondern in Vierteln mit weniger Einwandererkindern.»

Die ZEIT ONLINE sprach Maurice Crul auf das Thema des Bevölkerungsaustausches an: «Rechtsextreme erzählen ständig, dass Weisse in Europa und den Vereinigten Staaten in die Minderheit geraten. Sie sagen: Statistisch geschieht genau das?» Crul bezieht sich in seiner Antwort auf das Buch *The Great Demographic Illusion* des US-Soziologen Richard Alba. Dieser meint, die weissen Amerikaner werden nicht zu einer numerischen Minderheit, denn der Kreis der Menschen, die als weiss gelten, wird immer weiter: «So wie im frühen 20. Jahrhundert Italiener oder russische Juden mit der Zeit als weiss angesehen wurden, wird das heute mit ge-

meinsamen Kindern von Hispanics und Weissen, oder mit asiatischen Amerikanern passieren: Sie werden irgendwann weiss.» Mit anderen Worten: Die Umschichtung der Bevölkerung soll mit statistischen Tricks weniger sichtbar gemacht werden.

Doch die Menschen haben Augen. Crul räumt dies auch ein: «Es gibt solche statistischen Überlegungen und es gibt die Wahrnehmung der Leute. Es mag sein, dass sich die Kinder asiatischer Einwanderer irgendwann als Weisse begreifen werden. Ein Trump-Wähler wird das vermutlich nicht so sehen. Wenn Sie als Deutscher ohne Migrationshintergrund in einem Viertel in Hamburg oder Berlin in den Bus steigen oder shoppen gehen und sich Ihre Nachbarn angucken, dann haben Sie das Gefühl, zur Minderheit zu werden. Das ist die Realität in vielen Grossstädten.»

Deshalb, so Crul, sei es wichtig, «die Auseinandersetzung mit dieser Realität nicht nur den Rechtspopulisten zu überlassen. Sonst haben wir nur deren Narrativ: Die Unterschiede sind zu gross. Alle hassen sich. Das endet im Bürgerkrieg.» Crul kontert: «Hassen sich alle? Gibt es Bürgerkrieg? Nicht nach unseren Erkenntnissen.» Auch hier sind die Erkenntnisse der Untersuchung kritisch zu hinterfragen. Dass es keinen offenen Bürgerkrieg gibt, bedeutet noch längst nicht, dass alles Friede, Freu-

de, Eierkuchen sei. Gemäss Aargauer Zeitung vom 11. Juni 2023 gab es dieses Jahr in Schweden bereits 144 Schiessereien zwischen Gangs mit Migrationshintergrund, mit 18 Todesopfern; das Jahr 2022 war mit 388 Angriffen und 61 Toten Europarekord. In Frankreich entluden sich unlängst die interethnischen Spannungen in einer Orgie von Gewalt und Plünderungen bisher unerreichten Ausmasses, nachdem ein junger Nordafrikaner bei einer Kontrolle von einem Polizisten erschossen wurde. Die Liste der Probleme liesse sich beliebig lange fortsetzen.

Es stellt sich generell die Frage, wie sachlich Studien zum Thema Einwanderung und Multikulturalismus sind. In der deutschen Zeitschrift FOCUS (21/2023) erklärte der Soziologie Ruud Koopmans, es sei von Vorteil, sich als Migrationsforscher nicht mit den Schattenseiten der Einwanderung zu beschäftigen: «Ich haben eine feste Stelle, ich bin abgesichert. Aber ich Sorge mich um den akademischen Nachwuch. Wer in dieser Disziplin Karriere machen will, tut gut nicht anzuecken. [...] In allen Stadien der wissenschaftlichen Karriere ist es als Migrationsforscher von Vorteil, nicht gegen den Strom zu schwimmen. Es ist leichter, ein Stipendium zu bekommen, es ist einfacher, Geld für ein Forschungsprojekt zu sammeln oder Beiträge in den Journals zu veröffentlichen. Alles läuft geschmeidiger.»

## Ein Berner namens Stefan Schlegel



Von  
Thomas Matter,  
Nationalrat,  
Meilen

Einer, der ganz wild gegen die Nachhaltigkeits-Initiative – «Keine 10 Millionen Schweiz» der SVP aussteigt, ist Stefan Schlegel. Hören Sie mehr über den grünliberalen Berner Nationalratskandidat, der Mitglied der Stadtberner Kommission für Migrations- und Rassismus-Fragen ist und auf Kosten der Steuerzahler lebt.

Lesen Sie hierzu meinen Kommentar.

Vor Jahren hat der Autor mit dem Pseudonym «Ueli der Schreiber» sehr witzige und sinnreiche Verse herausgebracht, die alle anfangen mit den Worten «Ein Berner namens...». Lesen Sie ein Beispiel, das zum heutigen Thema passt:

«Ein Berner namens Kuno Kranz  
war sehr erpicht auf Toleranz.

*Denn diese edle Geisteshaltung  
vermeide soziale Spaltung.  
Und wer nicht tolerant sein könne,  
und andern nicht die Freiheit gönne  
nach ihrer Art sich zu gebärden –  
Der solle totgeschlagen werden.»*

Ein besonders pseudo-toleranter Berner ist Stefan Schlegel. Der Jurist war am Institut für öffentliches Recht an der Universität Bern und wird momentan für vier Jahre vom Schweizerischen Nationalfonds bezahlt – also von Ihnen, meine Damen und Herren. Stefan Schlegel ist Nationalratskandidat der Grünliberalen Partei und Mitglied der Stadtberner Kommission für Migrations- und Rassismus-Fragen. In dieser Funktion müsste er ja eigentlich neutral und sachlich urteilen.

Aber nein, Stefan Schlegel schimpft auf Twitter wie ein Rohrspatz über die Nachhaltigkeits-Initiative der SVP, über angebliche Ausländerfeindlichkeit. Und er teilt zustimmend einen Tweet, wo steht: «Das gewählte Thema zeigt einmal mehr, welche rassistische und menschenfeindliche Denkweise bei der SVP multipliziert wird.» Wow!

Da durchschaut man die Gesinnung von Stefan Schlegel: Was ihm nicht passt, ist ausländerfeind-



lich, rassistisch und menschenfeindlich. Und so einer sitzt in einer öffentlichen Migrations- und Rassismus-Kommission. Stefan Schlegel amtiert aber auch im Vorstand der Operation Libero. Auch die Operation Libero will natürlich die SVP-Nachhaltigkeits-Initiative bekämpfen, und zwar mit dem Verteilen von Kondomen am SVP-Wahlfest vom 26. August. Originalton: «Die SVP soll ihren Hass nicht vermehren...». Wäre es der Operation Libero wirklich ernst, müssten sie in Afrika Kondome verteilen. Dort wächst die Bevölkerung alle 12 Tage um eine Million Menschen. Das ist alles andere als ökologisch nachhaltig.

Immerhin wissen Sie jetzt, dass Sie als Steuerzahler, der den Nationalfonds finanziert, auch noch den Lebensunterhalt von Polit-Aktivist und SVP-Hasser Stefan Schlegel bezahlen müssen. Die beste Antwort darauf: Unterschreiben Sie die Nachhaltigkeits-Initiative! Kämpfen Sie mit gegen eine 10-Millionen-Schweiz!

<https://nachhaltigkeitsinitiative.ch/lancierung-nachhaltigkeits-initiative/>

# Frankreich in der Abwärtsspirale



Von  
Erich J. Hess  
Unternehmer,  
Nationalrat und  
Stadtrat (SVP),  
Bern

**In Frankreich zeigt sich drastisch, was auch anderen Regionen Europas bevorstehen könnte. Doch das Land zerfällt nicht in Franzosen und Migranten beziehungsweise Polizei und Kriminelle, wie oft fälschlicherweise behauptet wird, sondern in drei ganz unterschiedliche Lager.**

Wie so oft ist Frankreich der Gradmesser dessen, was ganz Westeuropa in den nächsten Jahren erwartet. Konnte jemand ernsthaft glauben, es sei möglich, jährlich Millionen von Armutsmigranten aus afrikanischen und nahöstlichen Staaten ungefiltert und ohne kulturelle Integrationsstrategie nach Europa zu holen, ohne dabei schwerste Konflikte zu riskieren? Zumal es bald nicht mehr möglich ist, die Neubürger mit Sozialleistungen und Billigjobs zufriedenzustellen, und sie zumindest in den Städten die Bevölkerungsmehrheit stellen.

Beides ist in Frankreich mittlerweile leider eingetroffen. Die gewaltsamen Ausschreitungen, welche das Land immer häufiger erschüttern, sind wohl nur der Anfang. Wie immer wird und hat man noch einmal den inneren Frieden durch eine Steigerung der Sozialleistungen, verstärkte Quotenregelungen, Kampf gegen Rassismus und «tiefgreifende» Reformen der Polizei erkauf, von der man zu Recht hartes Durchgreifen gegen die Randalierer fordert. Aber wird der brüchige Friede diesmal halten? Welche Folgen und Konsequenzen wird dieser Burgfrieden auf die Bedeutung Frankreichs als Wirtschafts- und Tourismusstandort haben? Wie wird sich die politische Landschaft verschieben? Eigentlich sind es alles rhetorische Fragen: Das Land befindet sich in einer tragischen Abwärtsspirale und ein Ende des Abwärtstrends ist leider keineswegs in Sicht.

## **Anspruch auf Opferrolle**

Denn auch das ist eine wichtige Lektion aus den Unruhen: Selbst jene Institutionen wie Polizei und Armee, welche eigentlich unpolitisch für die gesamte «République» stehen sollten, sind durch und durch politisiert worden. Sicher, in der Polizeiführung mag der ehrliche Willen herrschen, endlich mit den immer stärker um sich greifenden No-go-Zones und der Clankriminalität aufzuräumen. Zumal bei den Polizeikörpern eine grosse Frustration darüber besteht, dass Medien, Justiz und Politik systematisch auf der Seite der Kriminellen stehen, solange diese Migrationshintergrund ausweisen und somit den Anspruch auf die Opferrolle haben, sei es aus Angst

vor der Rassismuskeule, sei es aufgrund der nüchternen Tatsache, dass alle Gefängnisse brechend voll sind und jeder Neubürger auch ein linker Neuwähler ist.

Momentan zerfällt Frankreich nicht in Franzosen und Migranten beziehungsweise Polizei und Kriminelle, wie oft behauptet wird, sondern in drei Parteien: Erstens die Migranten der «France des banlieues», welche einen Teufelspakt mit den Linksradikalen geschlossen haben und in Jean-Luc Mélenchon ihren Exponenten finden, der ganz explizit Stimmung macht gegen die Kultur des alten weisen Mannes. Er zieht mit Argumenten wie «Die Polizei tötet» die Vorstädte auf seine Seite.

Zweitens die Bewohner der «France périphérique», welche weitgehend in einer entvölkerten und infra-

rat den einzigen Garanten gegen das Chaos sehen. Und dies, obwohl sich sein Programm in weiten Teilen auf ein beherztes «Weiter so» reduziert werden kann, das dem Wohl der nächsten paar Jahre das Geschick der nächsten Generationen opfert. Es sind also nicht nur drei Parteien, sondern vielmehr drei Völker, die sich hier herausgebildet haben, und daher ist Macron leider zumindest in dem Punkt zuzustimmen, dass Frankreich sich am Rand eines echten Bürgerkriegs befindet.

Dabei umfasst diese Krise mittlerweile nicht nur Frankreich, sondern ganz Europa: Zum einen, weil sich andere Staaten – man denke an die Benelux-Länder, wo ebenfalls Unruhen ausgebrochen sind – in einer analogen Lage befinden, und es sich ohnehin weniger um eine innerfranzösische oder gar soziale Angelegenheit, sondern vielmehr um ei-

Bild shutterstock.com



strukturell völlig abgehängten Provinz leben und von den Medien als rechte Hinterwäldler gebrandmarkt werden, da diese ihre Hoffnung auf Marine Le Pen und Eric Zemmour gesetzt haben. Angesichts der vielen Millionen nicht integrierten Zuwanderern und vor allem deren extrem hohen Gewaltbereitschaft ist die Forderung der Rechten nach «RE-Emigration», also Rückführung der Migranten, bei den Bio-Franzosen mittlerweile weit verbreitet.

## **Die Krise umfasst nicht nur Frankreich**

Und drittens die «Bobos» der Grossstädte mitsamt der Boomer-Generation der Atlantikküste, welche durch die an den Pariser Eliteschulen ausgebildete herrschende Polit- und Medienclique repräsentiert werden und in Macron sowie seinem Staatsappa-

ren echten Zivilisationskrieg handelt. Das beweist schon die Tatsache, dass eben nicht nur Banken, sondern auch Bibliotheken, Kirchen, Schulen und Rathäuser verwüstet wurden. Zum anderen, weil eine schwere Krise im hochverschuldeten Frankreich auch die gesamte EU in den Abgrund ziehen würde. Frankreich ist ein Nachbarland der Schweiz. Noch läuft es in unserem Land sowohl wirtschaftlich, sozial wie auch politisch weit besser als in unserem Nachbarstaat. Doch fatalerweise gibt es weder in der Schweiz noch im politischen Zentrum der EU die Einsicht, bereits bevor es zu spät ist, konkrete Massnahmen gegen gewaltsame Ausschreitungen, ja sogar gegen bürgerkriegsähnliche Zustände, zu ergreifen.

### Werte Politikerinnen und Politiker

Zwei Anliegen brennen unter den Nägeln, welchen Sie sich hoffentlich zügig annehmen:

1. Eine stark wachsende Anzahl oft vermögender Expatriots lässt sich in den attraktiven Wohnorten der Schweiz nieder (Kt. Zug, Ausserschwyz, beide Zürichseeufer, Region Genfersee etc.). Viele strengen sich nicht mal an, eine unserer Landessprachen zu lernen, schicken die Kinder in englische Privatschulen oder Kita's und leben in einer Parallelgesellschaft. Wer sich sprachlich nicht anpasst, nähert sich auch nicht der heimischen Kultur an. Eine Ghettoisierung ist zu beobachten, welche für den Zusammenhalt jeder Gesellschaft gefährlich ist.

2. Gleichzeitig schnappt uns eine stetig zunehmende Anzahl von zugewanderten WENIG-Qualifizierten (z.B. Asyulantinnen und Asylanten) zahlbaren Wohnraum weg und lassen so die Sozialkosten explodieren.

Fazit: Ich lebe seit bald 60 Jahren im Raum ZH-AG-ZG. Es gibt Lokale, da versteht man mich nicht, wenn ich im Dialekt ein Bier bestelle. Der Schweizer Mittelstand, welcher traditionell mit grosser Verantwortung die Gesellschaft getragen hat, wird verdrängt. Gleichzeitig wird allen Fremdsprachigen von Verwaltungen und Behörden ein Dolmetscherdienst und Merkblätter in vielen Sprachen geboten – bezahlt von wem? Ja genau, von uns Steuerzahlenden. Was überlegt sich da die etablierte Politik? Und da gibt es Politikerinnen und Politiker, die fordern

das Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer. Ich bekomme jeweils Schüttelfrost...

Bedenken Sie: Wer sich als Schweizerin/Schweizer/Europäerin/Europäer in Asien, Afrika oder Amerika niederlässt, soll gefälligst eine dortige Landessprache lernen – auf eigene Kosten versteht sich. Ich begreife nicht, dass umgekehrt die Schweizer Politik allen Zuwandernden den roten Teppich auslegt und nicht merkt, dass das Fass überläuft: Stetig steigende Folgekosten, Dichtestress, Infrastrukturen und Schulen sind am Anschlag, die Wohnraumknappheit für den Mittelstand verschärft sich usw. Klar war die Schweiz im 18./19. Jahrhundert selbst ein Auswanderungsland. Aber damals war die Welt vergleichsweise leer! Heute ist die Schweiz – bezogen auf den fruchtbaren Boden – eines der dichtest besiedelten Länder. Fast sämtliche Rohstoffe und ca. 50% der Lebens- und Futtermittel müssen wir vom Ausland beziehen, weil wir immer mehr Land opfern.

Es ist dumm und kurzsichtig, wenn wir den angeblichen Fachkräftemangel nur mit Ausländerinnen und Ausländern beheben, welche unseren Lebensraum konkurrenzieren. Denn der schleichende und offensichtliche Ausverkauf der Heimat (Boden, Sprache und Kultur) wird sich als Eigengolb erweisen.

Ueli Krasser (parteilos), 6332 Hagendorn

### Weiteres «Gefasel» um den heissen Brei

Alexandre Fasel heisst der neue Schweizer Chefunterhändler für das EU-Dossier. Ich schlage vor, dass vor jeder neuen Verhandlungsrunde unsere wichtigsten Bedingungen, die roten Linien, schriftlich den EU-Verhandlungspartnern in Erinnerung gerufen werden! Auch über Staatliche Beihilfen, wer was und wie viel vom Bund erhält, wollen wir nicht von der EU vorgeschrieben bekommen! Hätte Bundesrat Parmelin vor zwei Jahren trotz Verbot, den Mut gehabt, diesen einen, sehr wesentlichen Satz öffentlich zu sagen: «Als souveränes Land unterzeichnen wir keine Abkommen, welche uns verpflichten, automatisch oder dynamisch EU-Recht zu übernehmen, und den EU-Gerichtshof als oberste Instanz anzuerkennen», so wäre auf internationalem Parkett endlich Klarheit und Res-

pekt für unser Land geschaffen worden! Ich erwarte, dass sich der neue Chefunterhändler im Sinne der neu und dringend lancierten Eidg. Volksinitiative «Nachhaltigkeitsinitiative» «Keine 10 Mio Schweiz» für Schutzklauseln und klare Einschränkungen bei der Personenfreizügigkeit einsetzt! Die «Unionsbürgerrichtlinie» ist ebenfalls sehr gefährlich für die Schweiz, weil sich damit faktisch jeder und jede ein Recht ableitet, ihren Wohnsitz in die Schweiz zu verlegen!

Vergessen wir nicht: Wir sind ein Volk von Mietern. Je mehr ungebremste Zuwanderung, desto höher steigen die Mieten und unsozialer wird unser Land!

Marcus Stoercklé jun., 4052 Basel

#### Lösung kommt vom Volk

«Es gibt keinen Grund zu glauben, dass Bürokraten und Politiker – egal, wie wohlmeinend sie sein mögen – Probleme besser lösen könnten, als die Menschen vor Ort, die den stärksten Anreiz haben, die richtige Lösung zu finden».

Elinor Ostrom (1933–2012), US-Professorin für Politikwissenschaft

### Reisefieber!

In letzter Zeit lässt sich eine vermehrte Reisefreudigkeit unter Diplomatinen und MagistratInnen, beileibe nicht nur schweizerischer Nationalität, feststellen. Je öfter, je weiter, je lieber.

Es macht den Anschein, als wollten sich die Betroffenen vor ihren vielen, im eigenen Lande anstehenden und nicht bewältigten Problemen in weniger brisante Sphären retten, anstatt vor den eigenen Türen zu wischen. Doch allein der Schein trügt! Nach devotem Kniefall kehren unsere Schweizer Polit-WeltenbummlerInnen oftmals mit prall gefüllten Reisekoffern zurück. Mit wenig reizvollen «Reise-Souvenirs» allerdings, wie Anmassungen, Anklagen, Unverständnis, Drohungen, Beleidigungen, ja Verhöhnepielungen und fremdbestimmten, zweifelhaften Aufträgen an unser demokratisches Vaterland.

Man hat seine Visitenkarte hinterlassen und schliesslich «etwas gemacht». Zurückgekehrt, verunsichert man mit dem anrühigen Reisegepäck, selbstverständlich mit bereitwilligster Unterstützung der rot-grünen Medien, die leider wenig standhafte bürgerliche Politzszenen und einen Grossteil unserer Bevölkerung, anstatt vor Ort klar zu machen, dass in der Schweiz zu gewissen Standpunkten und auswärtigem Geflunker alternativlose Bestimmungen und historisch gewachsene Grundsätze gelten, welche aufzugeben wir nicht einmal im Traume erwägen.

Ernst A. Rubli, 8262 Ramsen

#### Spenden in WIR

Sie können Spenden an PIKOM auch in WIR tätigen.



Spenden in WIR bitte BA an PIKOM, 5000 Aarau senden.

PIKOM dankt herzlich für Ihre Unterstützung.

#### Impressum

Herausgeber: PIKOM, 5000 Aarau

Telefon: 079 302 10 09 – Fax: 031 981 41 61

**Vorstand:** Grossrat und alt Nationalrat Thomas Fuchs, Präsident, Bern – Nationalrat Andreas Glarner, Oberwil-Lieli – Nationalrätin und Frau Vizeammann Martina Bircher, Vizepräsidentin, Aarburg – alt Grossrätin Claudia Gubler-Hofmann, Beinwil am See – alt Grossrat Gregor Biffiger, Berikon – Manuela Kummli, Meisterschwanden – Stadtrat Janosch Weyermann, Bern – Pierre Juchli, Zürich – alt Grossrat Hans-Ulrich Gränicher, Revisor, Bern – Monika Kammermann, Revisorin, Bern

Homepage: [www.pikom.ch](http://www.pikom.ch)

E-Mail: [pikom@pikom.ch](mailto:pikom@pikom.ch)

IBAN CH44 0900 0000 6007 6254 9

Layout: P. Hofstetter, Lurtigen

Erscheint mindestens 4 x jährlich

# Individuelle Schulmodelle statt integrativer Unterricht um jeden Preis



Von  
Andrina Trachsel,  
Feuerthalen (ZH)

**Der integrative Unterricht um jeden Preis ist gescheitert und für praktisch alle Beteiligten unbefriedigend. Individuelle Schulmodelle wie Kleinklassen, Sonderklassen oder Hochbegabtenförderung sollten wieder möglich sein.**

Ich bin Mutter von drei schulpflichtigen Kindern, Tochter von zwei Heilpädagogen und stelle fest: das Bildungsexperiment des integrativen Schulsystems ist gescheitert. Es leiden die schwächeren Schulkinder; die Ressourcen, um stärkere Schüler speziell zu fördern, fehlen; und die unauffälligen Kinder im Mittelfeld werden einfach durchgereicht. Und dann haben wir noch die Lehrerinnen und Lehrer, welche all den herausfordernden Erwartungen seitens Schule, Auflagen des Lehrplans sowie den Ansprüchen der Eltern kaum gerecht werden können. **Zusammengefasst: der integrative Unterricht um**

**jeden Preis ist für praktisch alle Beteiligte unbefriedigend.**

Mit dem Versuch, jedes Kind oder jeden Jugendlichen, ob mit besonderen Bedürfnissen, verhaltensauffällig, geistig beeinträchtigt, oder auch jene mit starken körperlichen Beeinträchtigungen in die Regelklasse der Volksschule zu integrieren, **haben wir unser Bildungssystem geschwächt.**

Nebst Klassenlehrer und Fachlehrerinnen stehen heute auch Heilpädagogen, Logopäden, Psychomotorik-Therapeuten, Schulpsychologen und Klassenassistenten im Schulzimmer. Mit all den Sondersettings und den damit verbundenen Besprechungen und dem Bürokratieaufwand ist es den Klassenlehrpersonen beinahe unmöglich, ihren eigentlichen Berufsauftrag umzusetzen.

Ich bin nicht grundsätzlich gegen die schulische Integration. Es mag Situationen und Fälle geben, wo eine Integration durchaus sinnvoll sein kann. Aber es sollte nicht sein, dass

wir versuchen, alle Schüler um jeden Preis in der Regelklasse einzubinden.

Ich bin überzeugt, dass wir vom integrativen Schulsystem als Norm abkehren sollten. **Individuelle Schulmodelle sollten wieder möglich sein:** wie Kleinklassen, Sonderklassen oder Hochbegabtenförderung. Damit können wir wieder ein qualitativ hochstehendes, effizientes und leistungsorientiertes Bildungswesen erreichen. Die Kinder sind unsere Zukunft. Sie haben ein Recht auf die bestmögliche Bildung.

Bild pixabay.com



## Schweizer Mieter raus, Asyl-Migranten rein



Von  
Marcel Dettling,  
Nationalrat und  
Wahlkampfleiter,  
Oberiberg (SZ)

**Die Fälle «Seegräben» und «Windisch» zeigen: Das Asylchaos ist nicht mehr zu übersehen. Nur die Linken leugnen die Realität. Das ist gefährlich.**

Die Vorfälle haben in der ganzen Schweiz Empörung ausgelöst: **Immer mehr Mieter werden auf die Strasse gestellt, um Asyl-Migranten Platz zu machen.** Zuerst wurde ein Schweizer Mieter in Seegräben (ZH) vor die Tür gestellt. Kurz darauf trifft es in Windisch (AG) 49 Mieter. Sie müs-

sen für junge Asyl-Migranten weichen, die bekannt dafür sind, dass sie Probleme verursachen – nicht zuletzt in der unmittelbaren Nachbarschaft. Jüngste Zahlen des Staatssekretariats für Migration (SEM) und des Bundesamtes für Statistik belegen, **dass der Zustrom von jungen Männern insbesondere aus Nordafrika stark zunimmt und dass diese Gruppe von Asylanten durch ihre hohe Kriminalitätsrate auffällt.**

Die Rauswürfe der Mieter sind ein augenfälliger Beleg für das gescheiterte Schweizer Asylsystem. Niemand kann mehr die Augen davor verschliessen. Niemand? **Die Linken leugnen nach wie vor die Realität.** Sie greifen sogar diejenigen an, die die Probleme ernst nehmen und Lösungen vorschlagen. Die SP reichte beim Presserat Beschwerde gegen die Zeitung «20 Minuten» ein, die über den Fall «Windisch» berichtete. Und die Juso erstattet Strafanzeige gegen die SVP, weil sie in ihrem neuen Positionspapier zur Zuwanderung die Fakten auf den Tisch legt.

**Linke verraten eigene Ideale – und Wähler**

Dieses Verhalten ist typisch für die Linken: Sie lenken vom eigenen Versagen ab und schimpfen jeden einen Rassisten, der die Probleme beim Namen nennt. Was mich besonders überrascht: War die SP nicht einmal die Partei der Mieter? **Tempi passati.** Wo bleibt ihr Aufschrei, wo bleibt ihre Unterstützung für die Betroffenen in Seegräben und Windisch? **Die Linken verraten ihre eigenen Ideale. Kein Wunder, wenden sich immer mehr Wählerinnen und Wähler von ihnen ab.**

Jetzt, wo es ernst wird, zeigt sich: **Die SVP ist die einzige Partei, die sich konsequent für die Mieter einsetzt und den Asylmissbrauch konsequent bekämpft.** Wir dürfen nicht zulassen, dass hart arbeitende Bueezer und Familien, die hier Steuern zahlen, auf die Strasse gestellt werden, um Asylschmarotzern aus aller Welt Platz zu machen.

Die linke Realitätsverweigerung ist nicht nur falsch, sie ist auch gefährlich. Sie gefährdet den inneren Zusammenhalt unseres Landes.

# Nein zur 10-Millionen-Schweiz – masslose Zuwanderung stoppen

Bild zvg

Die masslose Zuwanderung und das Asyl-Chaos haben verheerende Folgen für unser Land. Weil sich die Saboteure im Bundeshaus und an den Gerichten weigern, den Volkswillen umzusetzen und die Zuwanderung zu steuern, kommen jedes Jahr 80'000 Personen neu in die Schweiz. Allein letztes Jahr kamen unter dem Strich über 180'000 Personen. So darf es nicht weitergehen! PIKOM unterstützt daher die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz (Nachhaltigkeits-Initiative)».

«Fast jedes Problem, an dem die Schweiz leidet, hat mit der masslosen, unregelmässigen Zuwanderung zu tun – so kann es nicht weitergehen», sagte Nationalrat Thomas Matter (ZH) vor den Delegierten der SVP Schweiz in Küssnacht (SZ). **In den letzten 20 Jahren ist die Schweiz durch Zuwanderung um 1.5 Millionen Personen angewachsen.** Allein im letzten Jahr kamen zusätzlich über 180'000 Personen. Das ist mehr als der Kanton Schwyz Einwohner hat! Bereits heute zählt unser kleines Land 9 Millionen Einwohner, bald werden es 10 Millionen sein.

Die **negativen Folgen** der **masslosen Zuwanderung** spüren wir jeden Tag: Vollgestopfte Züge, Staus auf den Strassen, überlastete Spitäler, explodierende Gesundheits- und Sozialkosten. «Unsere Spitäler, ja unser gesamtes Gesundheitssystem läuft am Anschlag und was wird uns von Links-Grün als Lösung verkauft?», sagte Nationalrat Manuel Strupler (TG). «Sie wollen noch mehr Arbeitskräfte im Ausland rekrutieren.» Auch die Wohnungsnot und steigende Mieten hätten ihre Ursache in der masslosen Zuwanderung. Statt endlich die Zuwanderung zu steuern, wolle Links-Grün die Wohnfläche pro Person einschränken – wie dies der Mieterverband fordert, in dessen Vorstand SP-Nationalrätin Jacqueline Badran sitzt, die selber auf mindestens 150 Quadratmetern wohnt. **«Das ist typisch für die Cüpli-Linken: Das gewöhnliche Volk soll sich einschränken, selber lebt man auf grossem Fuss»**, so Strupler.

Für Thomas Matter ist klar, dass man etwas gegen die Bevölkerungsexplosion und die drohende 10-Millionen-Schweiz tun muss. «Unzählige Schreiben von Bürgerinnen und Bürgern innerhalb und ausserhalb der SVP haben uns erreicht mit der dringenden Aufforderung, endlich etwas zu tun. Denn **viele Schweizerinnen und Schweizer fühlen sich zunehmend fremd im eigenen Land.**»

Die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz (Nachhaltigkeits-Initiative)» sieht vor, dass der Bundesrat spätestens dann Massnahmen treffen muss, wenn die ständige Wohnbevölkerung 9,5 Millionen überschreitet – insbesondere im Asylbereich sowie beim Familiennachzug. Die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz darf 10 Millionen Personen bis



2050 keinesfalls überschreiten. Ansonsten muss der Bundesrat bevölkerungstreibende internationale Verträge kündigen – inklusive das Personenfreizügigkeitsabkommen.

## Stopp dem Asyl-Chaos – handeln Sie endlich, Frau Bundesrätin Baume-Schneider!

Die Probleme der masslosen Zuwanderung werden durch das Asyl-Chaos weiter verschärft. **«Es kommen zu viele und es kommen die falschen Ausländer»**, sagte Nationalrat Gregor Rutz. Das hat insbesondere bei der Sicherheit und in der Bildung gravierende Folgen – die Opfer dieser verantwortungslosen Asyl-Politik der Mitte-Links-Mehrheit in Bundes-Bern sind allen voran Frauen und Kinder.

An die Adresse von Asylministerin Baume-Schneider verabschiedeten die Delegierten der SVP-Schweiz deshalb **unmissverständliche Forderungen**:

1. Solange Schengen-Dublin nicht funktioniert, ist jeder Staat für seine **Grenzkontrollen** selbst verantwortlich. Bundesrätin Baume-Schneider soll diese Forderung gegenüber der EU vertreten und in der Schweiz so umsetzen.
2. Wer über einen **sicheren Drittstaat** in die Schweiz kommt, hat **kein Anrecht auf Asylverfahren** und Aufenthalt.
3. Kriminelle Ausländer sind **konsequent auszuschieben**.
4. Asylverfahren müssen in **Transitzonen** an der Landesgrenze und/oder in einem sicheren Drittstaat (zum Beispiel Ruanda) durchgeführt werden.

PIKOM und SVP verlangen auch, dass **nicht immer der ländliche Raum die links-grünen Trümmereien ausbaden** muss. Die Wirtschaftsmigranten sollten nach dem links-grünen Wähleranteil verteilt werden, so Nationalrat Andreas Glarner. «Wer die haben will, soll sie auch bekommen!»

## Einladung zum Fachreferat



### Peter Regli

Der Divisionär aD und ehemalige Chef des Schweizer Nachrichtendienstes spricht zum Thema:

**«Die Ukraine, Putin und Xi – wie weiter?»**

Organisiert durch:

**PRO LIBERTATE**  
www.prolibertate.ch

**PIKOM**  
Parteiunabhängiges Informationskomitee  
www.pikom.ch

- ➔ **Mittwoch, 18. Oktober 2023**
- ➔ **Auditorium der Kaserne Bern**  
Papiermühlestr. 13+15, 3000 Bern 22  
(im Navigationssystem eingeben: Kasernenstr. 27)
- ➔ **18.45 Uhr Apéro, 19.30 Uhr Referat**

# Einmal mehr verhindert Mitte-Links Verschärfungen im Asylbereich



Von  
Martina Bircher,  
Nationalrätin, Vize-  
präsidentin PIKOM,  
Mitglied Staatpolitische  
Kommission,  
Mitglied der Arbeits-  
gruppe Asyl und  
Sozialvorsteherin,  
Aarburg (AG)

- Die Asylzahlen und die illegale Zuwanderung explodieren. Die Folgen: Milliarden Kosten für die Schweizer Steuerzahler, unsere Sozialwerke werden geplündert, steigende Kriminalität, überforderte Schulen und überfüllte Asyl-Infrastrukturen.
- Die SVP forderte im Nationalrat unverzügliche Massnahmen gegen die unkontrollierte Zuwanderung von Illegalen: Kein Anspruch auf Sozialleistungen, Meldepflicht, schlampige Gemeinden sollen für die Kosten der Illegalen selber aufkommen.
- Einmal mehr verhindert die Mitte-Links-Mehrheit die dringend nötigen Verschärfungen im Asylbereich. Dieses Stimmverhalten entlarvt insbesondere die FDP: Ihr Ruf nach einer schärferen Asylpolitik ist nichts anderes als billige Wahlkampf-Rhetorik.

Das Schweizer Asylsystem ist gescheitert: Es kommen zu viele und die falschen Personen in unser Land. 2022 gingen 24'511 Gesuche ein – das sind 64,2% mehr als im Vorjahr. Für 2023 rechnet der Bund sogar mit bis zu 40'000 neuen Asyl-Gesuchen. Die meisten Asylanten sind keine Flüchtlin-

ge im Sinne des Gesetzes, sondern **Asyl-Migranten**, die unser System ausnutzen. Obwohl sie keine Asylgründe haben, kann die Mehrheit von ihnen mit dem verlogenen Status der vorläufigen Aufnahme hierbleiben. Mittlerweile leben fast 45'000 vorläufig Aufgenommene in der Schweiz. **Täglich werden es mehr.**

Hinzu kommen die **illegal Eingereisten**: 2022 waren es **über 52'000 Personen**. Die meisten von ihnen sind untergetaucht. Auch hier ist die Kontrolle völlig entglitten.

Die SVP und PIKOM fordern vom Bundesrat, dass er das Asyl-Chaos endlich beendet und insbesondere **bei der illegalen Migration wieder zu rechtsstaatlichen Prinzipien** zurückkehrt. In den folgenden **fünf** Motionen forderten wir Massnahmen gegen die illegale Migration:

- **Motion 21.3488 «Behördliche Meldepflicht ausbauen»**  
Sozialversicherungen wie die Ausgleichskassen, Krankenkassen und Einrichtungen der beruflichen Vorsorge müssen die Behörden von Bund und Kantonen informieren, sobald sie von sogenannten «Sans-Papiers» und deren illegalem Aufenthalt in der Schweiz Kenntnis erhalten.



- **Motion 21.3490 «Kosten von illegalen Migranten (sogenannten Sans-Papiers) der Wohnsitzgemeinde auferlegen»**

Gemeinden, die die Anwesenheit illegaler Migranten dulden, respektive nicht verhindern, müssen für alle Kosten selber aufkommen. Die Kosten werden dann dem jeweiligen Kanton belastet, wenn eine Gemeinde nachweislich Meldung gemacht und der Kanton die Ausweisung der Illegalen nicht vollzogen hat.

- **Motion 21.3491 «Keine „City-Card“ für illegale Migranten»**

Kommunale und kantonale Identifikationsdokumente für illegale Migranten wie sogenannte „City-Cards“ und dergleichen sollen nicht zulässig sein.

- **Motion 21.3492 «Datenaustausch bei illegalen Migranten systematisieren»**

Um die Anwesenheit von illegalen Migranten in der Schweiz dauerhaft zu unterbinden, hat ein systematischer Datenaustausch zwischen Kantonen, Gemeinden, Sozialbehörden, Krankenkassen, AHV, IV und weiteren Sozialversicherungen zu erfolgen.

- **Motion 21.3493 «Für eine kohärente Praxis bei illegalen Migranten»**

Das Gesetz ist in folgenden Bereichen anzupassen:  
- Illegale haben keinen Rechtsanspruch auf Sozialversicherungen (AHV und Krankenversicherung). Vorbehalten bleiben Sozialversicherungsabkommen.  
- Wer Illegale beschäftigt oder unterbringt soll härter bestraft werden.  
- Sicherstellung des Datenaustausches zwischen staatlichen Stellen betreffend Personen ohne geregelten Aufenthaltsstatus (bspw. für Schulbesuche und individuelle Förderung).



## Vergessliche Kopftuchträgerin

Mit Blick auf die andauernden Demonstrationen im Iran, hat die deutsche Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Grüne) das Kopftuch als «kein Symbol für

ein verkommenes, zutiefst autoritäres System und ein Versuch der Unterdrückung» bezeichnet. Dabei scheint die Grünen-Politikerin jedoch vergessen zu haben, dass sie selbst zweimal in dem Land war und damals, ohne mit der Wimper zu zucken ein Kopftuch trug und damit das Mullah-Regime bei der Schaffung eines islamischen Gottesstaats noch unterstützte. Ausserdem gehörte sie zu jenen Politikerinnen, welche sich jeweils an vorderster Front dagegen gewehrt haben, wenn konservative Politiker im deutschen Bundestag ein Kopftuchverbot in Schulen gefordert haben. Für ein Gehalt von rund 300'000 Euro jährlich dürfte man von einer Politikerin eigentlich ein besseres Erinnerungsvermögen verlangen, oder etwa nicht?

## Asiatische Winterspiele in der Wüste

Der internationalen Sportwelt hat es an bizarren Events noch nie gemangelt, aber das neueste Pro-

jekt ragt durchaus heraus. In einem noch nichtexistierenden Skigebiet mitten in der staubtrockenen Wüste Saudi-Arabiens, wo die Temperaturen selbst im Winter selten unter 15 Grad fallen, sollen 2029 die asiatischen Winterspiele stattfinden. Das entschied das asiatische Olympia-Komitee Anfang Oktober in der kambodschanischen Hauptstadt Phnom-Penh. Rund 500 Milliarden wollen die Machthaber Saudi-Arabiens in den nächsten Jahren investieren, um aus dem Nichts eine Stadt für zehn Millionen Einwohner zu bauen. Zur Megacity soll eben auch ein aus dem sandigen Boden gestampftes Skigebiet namens Trojena gehören, wo es zwar nie schneit, man aber laut Kronprinz Mohammed bin Salman den «Bergtourismus für die Welt neu definieren» werde. Man darf also gespannt sein, was als nächstes auf uns zukommen wird. Der Fantasie scheinen jedenfalls keine Grenzen gesetzt.

# Keine Zustände wie in Frankreich – Jetzt das Asyl-Chaos stoppen!



Von  
Andreas Glarner,  
Nationalrat, Mitglied der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates und Co-Leiter der Arbeitsgruppe Asyl, Oberwil-Lieli (AG)

In Frankreich herrschen bürgerkriegsähnliche Zustände. Auch in Lausanne verüben Jugendliche – oft mit Migrationshintergrund – massive Gewalt. Wenn wir jetzt nicht das Asylchaos stoppen, verlieren wir unsere Schweiz.

In den Massenmedien ist er einfach nur der minderjährige Nahel, erschossen, von einem brutalen Polizisten. Den Rest der Geschichte blenden die Medien aus: Der 17-Jährige war am Morgen, wenn andere zur Arbeit fahren, mit Vollgas in einem mutmasslich gestohlenen getunten BMW auf der Busspur unterwegs. Er flüchtete vor der Polizei, brachte einen Fussgänger und einen Velofahrer in Lebensgefahr. Als ihn die Polizisten nach einer halsbrecherischen Verfolgungsjagd stellten, drückte er wieder aufs Gaspedal. Seither brennt Paris. Und es brennen viele andere französische Städte. Tausende Autos wurden ab-

gepackelt, Hunderte Geschäfte geplündert. Politiker und ihre Frauen und Kinder müssen um ihr Leben fürchten.

## Wollen wir in der Schweiz solchen Horror?

Es sind bürgerkriegsähnliche Zustände, 45'000 Polizisten standen mehrere Nächte im Einsatz. Und wer sind die Gewalttäter, die Randalierer und Plünderer? Fast ausnahmslos junge Nordafrikaner oder Araber mit «Migrationshintergrund».

Wollen wir auch in der Schweiz solche Horrorszeneen? Wollen wir, dass brandschatzende und plündernde Banden durch unsere Strassen ziehen? Wollen wir, dass Politiker und ihre Familien um ihr Leben fürchten müssen?

Wenn wir das nicht wollen, dann gibt es nur eines: Wir müssen die Massenzuwanderung und das Asylchaos stoppen.

## Am 22. Oktober SVP wählen!

Wie gefährlich die Lage auch bei uns schon geworden ist, zeigt das Beispiel von Lausanne: Auch dort liessen sich Jugendliche von den Ereignissen in Frankreich «inspirieren» und verübten massive Gewalt gegen Polizisten und gegen Sachwerte. Dies und noch viel Schlimmeres blüht uns, wenn wir den Zustrom an Asyltouristen nicht eindämmen. Weil alle anderen Parteien tatenlos zusehen oder sogar noch mehr Asylanter einfliegen wollen, gibt es nur eines: Am 22. Oktober SVP wählen!

## Leserbrief

### Erntehelfer

Wir Schweizer Kinder lernten schon früh, dass man für den Lebensunterhalt arbeiten muss !! In der 4. Klasse war ich bei meinem Onkel in den Ferien. Er sagte, dass die Kartoffeln nicht von allein aus dem Boden kämen, dass wir sie ausgraben müssen, und ich dürfe davon auch plücken, damit wir im Winter genug zu essen hätten. Auch die Rüben und vorher die Kirschen musste man ernten. Ein Bauer gab den Buben als Lohn 3 kg Kartoffeln, die bei der Kartoffelernte halfen. Sie waren stolz darauf, wenn sie ihrer Mutter so selbst geerntete Kartoffeln nach Hause bringen konnten.

Wie ist es mit unsern lieben Asylbewerberinnen und Asylbewerbern heute?? Lernen diese hier auch, dass man für den Lebensunterhalt arbeiten muss?! Man könnte sie auch bei der Erdbeer-Ernte oder der Kirschen-Ernte anstellen und ihnen mitteilen, dass die Arbeit nun für ihren Lebensunterhalt sei. Denn für uns Schweizerinnen und Schweizer ist das Wohnen und Essen auch nicht gratis. Vermehrt Asylanter als Lehrlinge anstellen, denn wenn sie dann später einmal in ihr Heimatland zurückkehren sollten, sind sie in der Lage, in ihrem Land am Wiederaufbau mitzuhelfen. Diesen Menschen einen Leistungslohn zahlen und nicht hohe Löhne, wenn sie in der einer Stunde nur 3 bis 4 Kilo Kirschen pflücken. Das ist die Meinung von vielen Schweizerinnen und vielen Schweizern!

Mathilde Huber-Stuker, 4900 Langenthal

[www.pikom.ch](http://www.pikom.ch)

Ich will Mitglied werden     Ich wünsche Infos

Buchbestellung    Demokratie und Homokratismus    Fr. 20.–

## Machen Sie nicht länger die Faust im Sack!

Treten Sie dem PIKOM bei, welches sich zum Ziel gesetzt hat, die Öffentlichkeit über die wahren Fakten und Entwicklungen im Bereich der Ausländerpolitik zu informieren. Der jährliche Beitrag beträgt Fr. 65.–. Sie erhalten einen Einzahlungsschein für den Jahresbeitrag.

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ: \_\_\_\_\_ Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Einsenden an: PIKOM, 5000 Aarau - Fax 031 981 39 82

[www.pikom.ch](http://www.pikom.ch)

### Mitglieder werben und gewinnen!

Wer ein Neumitglied wirbt, nimmt an der Verlosung eines Nachtessens mit einem Vorstandsmitglied nach Wahl teil. Der Gewinner bestimmt das Restaurant. PIKOM übernimmt die Rechnung.

#### Geworben durch:

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ: \_\_\_\_\_ Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_